

3. Standortkonferenz | Campus für Demokratie Themeninsel 01 | Politische Ziele

Vorschlag für eine informelle Verständigung der Akteure am Standort zur Entwicklung

Charta \\
Campus für Demokratie

ENTWURF
Stand 11. Februar 2019

Präambel

Wir - die Unterzeichnenden - wollen gemeinsam die städtebaulichen und funktionalen Entwicklungsziele für den Block des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) konkretisieren und ihre Umsetzung vorantreiben.
Die vom Bund und dem Land Berlin gefassten politischen Beschlüsse zum Campus für Demokratie bilden für uns die Grundlagen der Entwicklung und geben die Zielstellung vor. Der Campus besitzt internationale Relevanz und ist fester Bestandteil der Berliner Erinnerungslandschaft.

Der Anspruch an die städtebaulich-funktionale Qualität ist hoch

Den Campus für Demokratie zu gestalten, ist eine städtebaulich und baukulturell anspruchsvolle Aufgabe. Dies betrifft die angestrebte Nutzungsvielfalt, die Gestalt- und die Prozessqualität. Geschichtlich bedeutende Spuren wollen wir sichern und die Lesbarkeit des Ortes verbessern. Neues ist mit hoher Qualität einzufügen. Die Funktionalität und Aufenthaltsqualität der Freiräume wollen wir verbessern.

Die Entwicklung ist multidimensional

Im Kern steht die historische Bedeutung als Zentrale der Staatssicherheit mit ihrem Untertage-Archiv. Der Ort, der jahrzehntelang für Unterdrückung stand, ist durch die Ereignisse um den 15. Januar 1990 zugleich zum Symbol des Widerstandes und der Aufklärung geworden. Der Campus für Demokratie soll Lern- und Erinnerungsort werden; damit hier für Demokratie geworben werden kann, braucht es Ideen, Förderung und Engagement.

Das Entwicklungskonzept entsteht partizipativ

In einem transparenten Prozess entwickeln wir mit Beteiligung der Öffentlichkeit ein Konzept für das Areal. Es umfasst konkrete Projekte und eine Strategie zum Standortmarketing. Das Konzept ist prozessorientiert und weiterentwicklungsfähig. Private, zivilgesellschaftliche Gruppen und öffentliche Einrichtungen arbeiten gemeinsam an der Umsetzung der Entwicklungsziele.

Projekte bringen den Campus für Demokratie voran

Leitprojekte geben den Anstoß für die Entwicklung. Dazu zählen neben der Idee eines Archivzentrums zur DDR-Geschichte die Weiterentwicklung der Lern- und Erinnerungsgelände öffentlicher und anderer institutioneller Träger sowie die Aufwertung der öffentlichen Räume.

Positionierung auf Bundesebene zum Campus

Beschluss Deutscher Bundestag (Haushaltsgesetz 2018, BT-Drs. 19/2424)

„Präsentation der ehemaligen Stasi-Zentrale als Ort deutscher Diktatur- und Demokratiegeschichte“ (Haushaltsgesetz 2018, BT-Drs. 19/2424)

Beschluss Deutscher Bundestag, 9.6.2016, Bundestagsdrucksache 18/8705, Antrag „Die Aufarbeitung der SED-Diktatur konsequent fortführen“

„Der Deutsche Bundestag bekennt sich [...] zur Bedeutung und Fortentwicklung des Geländes Normannenstraße als „Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand“ und zur Eigenständigkeit der Gedenkstätte Berlin Hohenschönhausen.“

Bericht Expertenkommission, 5.4.2016, Bundestagsdrucksache 18/8050, S. 7

„Die Kommission schlägt für das Gelände eine plurale Nutzung vor. Die unterschiedlichen Nutzer sind nicht zwangweise in eine administrative Form zu pressen. Allerdings ist eine Gesamtverantwortlichkeit für das Gelände erforderlich. Dazu soll eine „Stiftung Diktatur und Widerstand – Forum für Demokratie und Menschenrechte“ als eigenständige Stiftung öffentlichen Rechtes errichtet werden.

Der Bund sollte seine Immobilien der Stiftung zur Nutzung übertragen und die Leitung der Stiftung so das Hausrecht und die Verantwortlichkeit für diese Gebäude erhalten. Der Aufgabenbereich der Stiftung soll den Betrieb der Gedenkstätten sowie die Konzeption und Umsetzung neuer Ausstellungen- und Bildungsformate für diese umfassen. Das Stasi-Untertagearchiv bleibt unabhängig von der neu zu gründenden Stiftung, die vorgeschlagene Forschungsstelle (vgl. II.4) arbeitet in wissenschaftlicher Unabhängigkeit. Mit den jetzigen externen Nutzern wie der „Antistalinistischen Aktion“ (ASTAK) und der Robert-Havemann-Gesellschaft sollten Nutzungsverträge geschlossen werden. Weitere Nutzungen durch andere zivilgesellschaftliche Akteure sind wünschenswert. In dem Stiftungsrat sollte es durch Stiftungsgesetz Sitze für die/den Bundesbeauftragte/n, die Leitung der Forschungsstelle, das Bundesarchiv und das Land Berlin geben.“

Beschluss Deutscher Bundestag, 27.6.2013, Bundestagsdrucksache 17/13698, Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien zu der Unterrichts der Bundesregierung (17/12115)

„Bericht der Bundesregierung zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur“

S. 6: „Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf [...] die von BStU angestrebte Errichtung eines „Campus für Demokratie“ in der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg positiv zu würdigen und zu begleiten“

Beschluss des Deutschen Bundestages, 10.6.1998, Bundestagsdrucksache 13/11000 Schlussbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit.“

„Von herausragender gesamtstaatlicher Bedeutung in diesem Zusammenhang ist das sogenannte Haus I/ Normannenstraße als ehemaliger Sitz des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin.

Kein anderer Ort in Deutschland symbolisiert in seiner authentischen Bedeutung als Ort des „lautlosen Terrors“ die Zersetzungsmaßnahmen des MfS der siebziger und achtziger Jahre in dieser Weise. Das Haus I/Normannenstraße steht somit exemplarisch für die spezifische Form der politischen Verfolgung im System der SED-Diktatur. Im Januar 1990 wurde der Sitz des MfS von Bürgerrechtsgruppen besetzt. Dadurch wurde das Haus I als authentischer Ort von besonderer historischer Bedeutung erhalten. Dazu gehört auch die Erarbeitung von Ausstellungen zur Geschichte des MfS, der politischen Verfolgung in der DDR sowie die Präsentation der ehemaligen Arbeitsräume von Minister Erich Mielke durch die Antistalinistische Aktion (ASTAK). Aber auch andere Aufarbeitungsinitiativen nutzen heute das Haus I.

Das Haus I symbolisiert somit auch den Sieg der friedlichen Revolution in der DDR und die Aufarbeitung der Geschichte des MfS.“

Koalitionsvertrag CDU/CSU, SPD: 18. Wahlperiode, „Deutschlands Zukunft gestalten“

S. 91: „Die Koalition unterstützt das Vorhaben, die ehemalige Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg künftig als Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand zu nutzen und fortzuentwickeln.“

Positionierung des Landes zum Campus

Abgeordnetenhaus BERLIN Drucksache 18/0916

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen und der Fraktion der FDP

„Campus für Demokratie“ in Lichtenberg auf den Weg bringen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Gelände der ehemaligen Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit soll entsprechend dem Vorschlag des Bundesantrages für die Untertage des Staatsarchivbestandes der ehemaligen DDR zu einem Ort der Erinnerung, des Gedenkens, der historischen Forschung und der politischen Bildung werden.

Der Senat wird aufgefordert, zu diesem Zweck ein Standortmanagement einzurichten, das die Interessen der verschiedenen ansässigen Institutionen und der Eigentümer der Immobilien auf dem Campus bindet, ein gemeinsames Konzept erarbeitet und die Umsetzung vorbereitet. Daneben soll die Werbung für den Ort und die Kennzeichnung der verschiedenen Gebäude verbessert werden.

In Umfeld des Geländes soll an Haltestellen und Halteplätzen auf das Gelände angemessen hingewiesen werden. In diesem Zuge soll geprüft werden, ob der Name des Haltehofs Magdalenstraße mit einer Unterzeile „Campus für Demokratie“ ergänzt werden kann.

Insbesondere für die im Eigentum des Landes Berlin befindlichen Flächen und Gebäude soll durch die Standortmanagement des notwendigen Bauförderungen zur Umsetzung des Campus-Projektes vorbereitet werden.

Ein erster Bericht mit einem Vorschlag für das Standortmanagement und dessen Umsetzung soll zum 31. März 2018 vorgelegt werden.

Begründung

Berlin hat mit der ehemaligen Stasi-Zentrale und dem heutigen Campus für Demokratie einen herausragenden historischen Ort, der dringend entwickelt werden muss. Der Gebäudekomplex in der Magdalenstraße ist gleichermaßen ein Zeugnis der Diktatur wie ihrer Überwindung. Bis 1989 Sitz des Ministers für Staatssicherheit, Erich Mielke, wurde das Gelände am 15. Januar 1990 geteilt und anschließend das Bürgerkomitee 15. Januar gegründet. Im Sommer 1990 erlangten drei Aktivisten die Öffnung und Zugänglichkeit der Stauden, die später im Stasiuntertagedokument als rechtlich fixiert wurde.

Auf dem Gelände haben das Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU), das Stasi-Museum, mehrere Opferverbände und seit jüngstem die Robert-Havemann-Gesellschaft mit dem Archiv der DDR-Opposition ihren Sitz. Im Hof befindet sich die Ausstellung zur friedlichen Revolution, die zuvor auf dem Alexanderplatz zu sehen war. Die Förderung durch die Bundesregierung um das Jahr herum hat dazu beigetragen, dass die vorgenannten Institutionen auf dem Campus Erinnerungs- und Forschungsarbeit leisten können. Trotzdem ist der Gebäudekomplex insgesamt wenig attraktiv. Aufgrund seiner zentralen Eigentumsstruktur auf dem Campus stehen diverse Gebäude leer und sind in schlechtem Zustand.

Für ein übergreifendes Konzept ist die Erkundung der verschiedenen Interessen aller Eigentümer (Bund, Berlin, mehrere Privats) nötig und im zweiten Schritt die Erarbeitung eines tragfähigen Konzeptes. Die Visionen aller Akteure soll in die Campus-Konzepte integriert werden, wenn dafür keine Ersatzstände gefunden werden. Der Campus liegt im Stadtumbaugebiet Frankfurter Allee Nord. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat im August 2017 im Rahmen einer Standortkonferenz die ersten Schritte unternommen, die verschiedenen Eigentümer an einen Tisch zu bringen. Dieser Prozess muss weiter geführt werden und in einem gemeinsamen Konzept münden. Neben der städtebaulichen Kompetenz ist dafür fachliche Expertise erforderlich, die z.B. der Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur beisteuern könnte.

Berlin, 4.13. März 2018

